

Gegen die Bevorzugung der Brotfabriken

Eine Kundgebung der Bäcker Niederösterreichs.

Unter dem Vorsitze des Verbandsobmannes J. M. Giles nahm heute der n.ö. Bäckerverband in einer im großen Festsaale der Wiener Bäcker Genossenschaft abgehaltenen Versammlung zu verschiedenen, das Bäckergewerbe berührenden Fragen Stellung. Das Hauptreferat über die Art der Mehlaufweisungen erstattete Verbandssekretär Weber, der mit seinen Ausführungen bei den Versammelten wiederholt Kundgebungen gegen die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt hervorrief. Der Redner beantragte eine Entschlieung, in welcher gegen die fortbauernde Begünstigung der Brotfabriken in der Mehlaufweisung durch die Kriegs-Getreideverkehrsanstalt protestiert und betont wird, daß durch die Zuteilung besserer Mehlsqualitäten die Brotfabriken auf Kosten der Bäcker große geschäftliche Vorteile genießen, ein Latbestand, der auch von der Gemeinde Wien bestätigt wird. Schließlich wird in dieser Entschlieung das Ernährungsamt gebeten, diese Zustände zu beseitigen. Diese Entschlieung fand einstimmige Annahme. Kommerzialrat Breunig forderte die Aufhebung der Nachtarbeit auch in den Fabriken. Die Ankerbrotfabrik erzeugt nach ihrer Angabe wöchentlich 1½ Millionen Brotlaibe, ungefähr die Hälfte des gesamten Brotbedarfes per Woche. Von diesen 1½ Millionen Brotläben entfallen 400.000 Laibe auf die Nachtarbeit. Auf diese 400.000 Laibe müßt die Fabrik zugunsten der Bäckereibetriebe, die nachts nicht arbeiten dürfen, verzichten. Die Wiener Bäcker würden mit der Erzeugung dieser 400.000 Laibe spielend fertig. Verbandsobmannstellvertreter Mayer besprach die Schwierigkeiten, die sich der Mehlaufuhr im Winter entgegenstellen werden und gab der Meinung Ausdruck, daß sich die Zentralisierung der Mehlabgabe während des Winters als dringend notwendig herausstellen dürfte. Das Mehl könnte leicht durch die Elektrische in die äußeren Bezirke zu bestimmten Plätzen geführt werden, von welchen Plätzen die Bäcker der Umgebung das Mehl entsprechend der Zuteilung abholen würden. RMA. Dr. Mataja betonte die Notwendigkeit der Erhaltung der kleineren und mittleren Gewerbe, der

Staat müsse der Erhaltung eines kräftigen und leistungsfähigen Gewerbebestandes das größte Augenmerk zuwenden. Insbesondere das Bäckergewerbe Wiens, das einen Weltruf genieße, verdiene es nicht, zugrunde gerichtet zu werden. (Beifall.) Es sprachen hierauf GR. Röber und andere Versammlungsteilnehmer.